

Rheinische Post vom 09.04.2016 , S. 1

Hürde von 2,5 Prozent bei Kommunalwahlen kommt

DÜSSELDORF (hüw) SPD, CDU und Grüne im Landtag sind sich einig: Bei Kommunalwahlen soll in Zukunft eine Hürde von 2,5 Prozent gelten. Im kommunalpolitischen Ausschuss bezogen sich die Vertreter der Parteien auf die vorangegangene Expertenanhörung. „Stadträte und Kreistage sind in den vergangenen Jahren immer weiter zersplittert; ihre Funktionsfähigkeit ist erheblich eingeschränkt“, sagte Christian Dahm (SPD). Eine Sperrklausel von 2,5 Prozent sei „politisch geboten und rechtlich möglich“, betonte auch André Kuper (CDU). Der Grünen-Politiker Mario Krüger verwies darauf, dass die Höhe der Sperrklausel auf den eingeholten wissenschaftlichen Expertisen beruhe. Bedenken äußerte dagegen die FDP. Die Befürworter müssten nachweisen, dass eine flächendeckende Arbeitsunfähigkeit der Räte und Kreistage in NRW besteht. Das sei die Voraussetzung für die Einführung einer Prozent-Hürde.

Rot-Grün und CDU wollen noch vor der Sommerpause die Sperrklausel in der NRW-Verfassung verankern. Dafür ist eine Zweidrittel-Mehrheit im Landtag erforderlich, die von den drei Parteien aber weit übertroffen wird. Dem Vorhaben steht also nichts mehr im Wege. Al-

lerdings wird damit gerechnet, dass die Sperrklausel vor dem Verfassungsgerichtshof (VGH) beklagt wird. Der VGH hatte 1999 schon einmal eine vom Landtag beschlossene Hürde von fünf Prozent verworfen.

Sperrklausel muss sein

VON DETLEV HÜWEL

Splittergruppen sollen es bei Kommunalwahlen in NRW künftig erheblich schwerer haben als bisher, in den Stadtrat oder Kreistag zu gelangen. SPD, CDU und Grüne haben jetzt noch einmal ihre Absicht bekräftigt, eine Hürde von 2,5 Prozent der erreichten Stimmen zu errichten.

Um nicht abermals wie 1999 am Veto des Verfassungsgerichtshofs (VGH) zu scheitern, wollen sich die drei Parteien gewissermaßen eines Tricks bedienen: Die Hürde soll anders als damals nicht im Wahlgesetz, sondern in der Verfassung verankert werden. Kaum denkbar, dass der VGH, der mit Sicherheit angerufen werden wird, dagegen vorgehen könnte, zumal es gute Gründe für eine Sperrklausel gibt.

In vielen Räten gibt es zehn und mehr Parteien sowie Grüppchen und Einzelkämpfer. Die ehrenamtlichen Ratsmitglieder werden durch zeitlich ausufernde Sitzungen arg strapaziert. Die Folge: Es dürfte immer schwieriger werden, Bürger für die Ratsarbeit zu gewinnen. Deshalb ein klares Ja zur 2,5-Prozent-Hürde, auch wenn Kleinstgruppen dies als ungerrecht oder gar undemokratisch empfinden mögen.